

»Freiheit« im Käfig der Herrschenden?



109182560 © Vchalup | Dreamstime.com

Es wird enger in diesem Land. Die Feinde der Demokratie und die Deutschlandhasser gewinnen immer mehr die Oberhand. Die Freiheit des Denkens, des Wortes und des Handelns wird täglich immer mehr eingeschränkt. Diffamieren und denunzieren, wirtschaftlich und sozial ruinieren, ausgrenzen und stigmatisieren, dies sind die erprobten Mittel marxistischer Agitatoren und ihrer bürgerlichen Steigbügelhalter.

Weichen wir keinen Millimeter zurück, wehren wir uns, suchen wir das Gespräch mit Freunden, Nachbarn und auf der Straße! Klären wir auf, was in dieser Republik alles falsch läuft.

Das offene Wort

Eine Milchmädchenrechnung

Die Kanzlerin der Bundesrepublik Deutschland trat auf der Klimakonferenz der Vereinten Nationen am 23.9.2019 in New York vor und stellte folgendes Rechenspielchen auf:

»Deutschland hat ein Prozent der Weltbevölkerung, und zwei Prozent der weltweiten Emissionen. Wenn alle so handeln würden wie Deutschland, würden sich die Emissionen verdoppeln. Jeder weiß, was das bedeutet!«

Um diesen Zusammenhang herzustellen, muß man grenzenlos naiv oder grenzenlos bösaartig sein. Ein hoch industrialisiertes Land, das mit zweistelligen Milliardenbeträgen weite Teile dieser Welt subventioniert, mit Entwicklungsländern zu vergleichen, ist unerhört.

Für jeden erkennbar unterstellt sie dem deutschen Volk – und auch allen anderen, die hier leben (!) – einen unverantwortlichen Umgang mit Natur und Umwelt.

Wenn Frau *Merkel* ihre Politik weiterbetreibt, müssen wir uns zukünftig keine Sorgen mehr um irgendwelches CO₂ machen – dem berühmten »Kartoffelacker« sei Dank.

Die eigene Nation herabzuwürdigen und das deutsche Volk mit Dreck zu bewerfen, darin sind »unsere« Politiker Weltmeister, meint

Ihre Sabine Möller

Sind WIR wirklich frei?



Bild von Steve Dietrich auf Pixabay

Fühlen Sie sich wirklich frei? Können Sie voll und ganz über sich selbst bestimmen? Haben Sie tatsächlich das Gefühl, in einer »Volksheerrschaft« zu leben?

Schauen Sie sich auf der Straße um. Wie viele Menschen kommen Ihnen entgegen und haben ein Lächeln im Gesicht? Wahrscheinlicher ist, Sie finden streßgeplagte Frauen und Männer mit verzerrten Gesichtsausdrücken – ein Spiegelbild für unser Leben im Jahr 2019?

Was ist geschehen? Ob wir wollen oder nicht, unser Alltag wird zum großen Teil von der Politik bestimmt. Genauer genommen, von der Regierung. Von einer Regierung, die Sie wahrscheinlich gar nicht gewählt haben; dennoch bestimmt diese Regierung Ihr Leben.

Das vor Jahrzehnten von Einigen gewünschte alternative Aussteigerleben – fern ab von Regierungsgewalt, mit Selbstversorgung und in persönlicher Freiheit – bleibt ein Wunschdenken.

Legen Sie sich in Deutschland ein kleines Grundstück mit Holzhäuschen zu und als erstes steht der Fiskus auf der Matte und verlangt Grundsteuer. Ihr offener Kamin wird wahrscheinlich nicht der Bundesimmissionsschutzverordnung entsprechen und muß mit einem Rußfilter nachgerüstet werden, sonst wird er stillgelegt. Inwieweit Sie noch mit einer CO₂-Steuer belegt werden, wird die nahe Zukunft entscheiden.

Sie wollen einen eigenen Brunnen anlegen? In Deutschland unterliegt das Anlegen eines Brunnens meist der Genehmigungspflicht. Andernfalls drohen Bußgelder von bis zu 50.000 Euro.

Sie möchten das Wasser als Trinkwasser benutzen? Dann kommt das Gesundheitsamt ins Spiel und muß es genehmigen.

Sie wollen gelegentlich auch mal duschen? Der Betrieb einer Dusche oder Toilette mit Wasserspülung in Verbindung mit einem Sickerschacht ist verboten. Sie müssen das Abwasser entsorgen lassen!

Alles in allem werden Sie schnell die Unmöglichkeit ihres Vorhabens erkennen und an Steuerzahlungen nicht vorbeikommen, egal wie weit Sie sich der Obrigkeit entziehen. Ihr Traum bleibt also nur ein Traum.

ZUM NACHDENKEN:

»Es gibt keine Kunst, welche eine Regierung schneller von der andern lernt, als die, dem Volke Geld aus den Taschen zu ziehen«

Adam Smith, schottischer Philosoph und Begründer der klassischen Nationalökonomie, in »Der Wohlstand der Nationen« (1776)

Demokratie und die Ohnmacht des Volkes



Bild von 1820796 auf Pixabay

»Fiskokratie«

Abgeltungssteuer, Alkoholsteuer, Aufsichtsratssteuer, Biersteuer, Einfuhrumsatzsteuer, Einkommensteuer, Energiesteuer, Erbschaftsteuer, Schenkungsteuer, Feuerschutzsteuer, Fischereisteuer, Gewerbesteuer, Grunderwerbsteuer, Grundsteuer, Hundesteuer, Jagdsteuer, Kaffeesteuer, Kapitalertragsteuer, Kirchensteuer, Körperschaftsteuer, Kraftfahrzeugsteuer, Lohnsteuer, Lotteriesteuer, Luftverkehrssteuer, Mineralölsteuer, Rennwettsteuer, Schankerlaubnissteuer, Schaumweinsteuer, Schenkungsteuer, Spielbanksteuer, Stromsteuer, Tabaksteuer, Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer), Umweltsteuer, Spielautomatensteuer, Vergnügungsteuer, Versicherungssteuer, Zweitwohnungsteuer ...

Diese unvollständige Aufzählung sollte erst einmal genügen.

Es könnte uns allen wirtschaftlich besser gehen, wären da nicht die dauernden und stetig steigenden finanziellen Belastungen, hier z. B. die Steuern, die wir täglich auf irgendwelche Erzeugnisse direkt oder indirekt bezahlen.

Es ist kein Geheimnis, daß sich die finanziellen Belastungen auf die Psyche der Menschen auswirken bis – im Extremfall – hin zum Suizid. Würde es also den Regierenden um das Wohl des

eigenen Volkes gehen, würden sie die Zwangsjacke der Steuern stark reduzieren oder stellenweise abschaffen, statt diese ständig zu erhöhen.

Stattdessen leben wir in einem wuchernden Fiskalstaat, der seine Eingriffe in das Bevölkerungsvermögen ständig ausweitet. Das macht die Menschen krank und unfrei, das macht unser Volk krank!

Wie der deutsche Philosoph *Peter Sloterdijk* es treffend nannte, leben wir in einer »Fiskokratie«.

»Oligokratie«

Herrscht unser Volk über sich selbst oder sind es nur einige wenige, die über die vielen anderen herrschen?

Sind wir, also das Volk, diejenigen, die regieren oder sind es jene, die das Geld besitzen, um Journalisten tolle Geschenke zu machen, damit diese in ihrem Sinne schreiben und ihnen somit zu mehr Macht verhelfen?

Nur wenige können der Manipulation durch Medien standhalten. Wenn diese wenigen es trotzdem schaffen, mehrheitlich eine Partei ihres Vertrauens zu wählen, so ist es »demokratische Praxis«, daß diese Mehrheit ignoriert wird und sich andere politische Parteien unterschiedlichster Ausrichtung

zusammenschließen, um die Macht zu bekommen oder zu behalten. Das macht die Wähler ohnmächtig und ist alles andere als »Volksherrschaft«.

Real existierende Demokratie

Wie verhält sich »unsere« Demokratie zur Herrschaft durch das Volk? Hier zwei Beispiele von vielen:

- Laut *DER SPIEGEL* vom 16.9.1991 waren 81 Prozent der befragten Deutschen dafür, Asylbewerber, die keine Aussicht auf politisches Asyl haben, schon an der Grenze abzuschieben. 60 Prozent der Befragten waren für Höchstzahlen für Asylbewerber. Trotzdem ließ es die Regierung zu, daß seit der Befragung mehr als 3,5 Millionen Ausländer einen Asylantrag in Deutschland stellten. Dazu gab es von der Regierung eine »Willkommenskultur« gratis obendrauf.

- Laut Umfragen waren 85 Prozent der Deutschen gegen die Einführung des Euro (vgl. *UN* 9/1997). Trotzdem wurde 1999/2002 der Euro in Deutschland eingeführt.

Eine Demokratie ist nur dann eine solche, wenn die Stimme des Volkes die tatsächlichen Machtverhältnisse bestimmt und wirksam kontrolliert.

Wie wir täglich feststellen, zählt die Stimme des Volkes fast gar nichts. Erstaunlich ist, daß ein Aufschrei dennoch ausbleibt – ist unser Volk schon so ohnmächtig gemacht worden?

Die »Besser«-Menschen und ihre Empörungskultur – wo bleiben sie, wenn man sie ausnahmsweise braucht?

»Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus.«

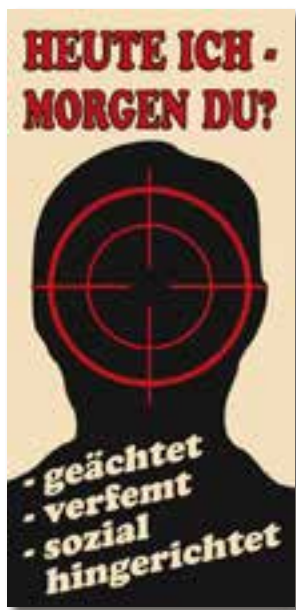
Art. 20 Grundgesetz

»Alle« bedeutet »alle« und nicht »fast alle« oder »etwas«!

Die Auswüchse des deutschen Denunziantentums

Es gab sie zu allen Zeiten, die ekligen, schleimigen Denunzianten, die willfährig den Mächtigen zuarbeiteten, um Existenzen und Leben zu zerstören.

In dieser Republik haben sie aber eine Bedeutung, eine Machtstellung und eine Verbreitung ihrer Schmutzkampagnen erlangt, die ihresgleichen sucht. Es sind die vielen Blockwarte in Betrieben, im Freundeskreis, in den Medien bis hinein in die Familien, die unsere Gesellschaft spalten und vergiften – das Denunziantentum frißt sich durch unser Volk.



passendes Faltblatt (8 Seiten) zu diesem Thema lieferbar

»Bestrafe einen, erziehe hundert«,

dieses *Mao Tse-Tung* zugeschriebene Zitat findet täglich in der »freiesten Gesellschaft auf deutschem Boden« seine Anwendung.

Hausdurchsuchungen, Entlassungen aus dem Staatsdienst, aus Firmen und Betrieben, Anschwärzen bei Nachbarn und Arbeitgebern, vorsätzliche Existenzvernichtung und noch viele Schikanen mehr bereiten den Boden für Brandanschläge, Schmierereien und Überfälle.

In den letzten Wochen häufen sich die Fälle der »Säuberungen« und ein Ende ist nicht absehbar – im Gegenteil.

Hier nur drei Beispiele stellvertretend für die alltägliche Ächtung Andersdenkender:

Der Geschäftsführer der hessischen Filmförderung, *Hans Joachim Mendig*, wurde Ende September seiner Ämter entho-

ben. Sein Vergehen: Er hatte sich privat zu einem Frühstück mit *Jörg Meuthen* von der AfD und dem PR-Berater *Moritz Hunzinger* getroffen.

Meuthen »postete« ein Bild davon und versah es mit dem Kommentar, das sei ein »sehr angeregter und konstruktiver politischer Gedankenaustausch« gewesen. Das Echo war verheerend: 550 »Filmschaffende« fanden sich zu einer Unterschriftenaktion zusammen und forderten die Abberufung *Mendigs*.

Die seit Januar im Amt befindliche grüne Ministerin für

Wissenschaft und Kunst, *Angela Dorn-Rancke*, lieferte prompt – *Mendig* wurde entlassen.

Mit der Freiheit der Kunst haben es die Grün-Linken nur dann, wenn es ihre spezielle Art der Freiheit ist. So traf es auch den »AfD-nahen« Künstler *Axel Krause*.

Die 26. Leipziger Jahresausstellung wurde seinetwegen abgesagt. Diese Ausstellung fand zum ersten Mal 1910 statt und konnte sich mit so illustren Namen wie *Max Klinger* und *Max Liebermann* schmücken. Nachdem 1927 die letzte Ausstellung stattfand, wurde 1992 eine neue Veranstaltungsreihe ins Leben gerufen.

Nachdem bekannt wurde, daß *Axel Krause* mit der AfD und PE-GIDA sympathisiere, sei es den anderen Künstlern nicht zumutbar, gemeinsam mit ihm auszustellen.

Krauses künstlerische Fähigkeiten wurden nie in Frage gestellt – aber eben seine Haltung, und die ist in dieser Republik das Hauptkriterium. Damit auch die Lebensgrundlage des Künstlers zerstört wird, hat sich sein Galerist, *Christian Seyde*, nach 14 Jahren Zusammenarbeit von ihm getrennt.

Aber nicht nur im Kunstbereich, sondern auch in der freien Wirtschaft wird zensiert, gemobbt und vernichtet:

Da gibt es eine kleine Hirsemühle in Brandenburg, die biologisch einwandfreie Hirse, schwerpunktmäßig für Bioläden, mahlt.

Nun kann der frömmste Müller nicht in Frieden leben, wenn es dem marxistisch erzogenen Wendehals nicht gefällt:

Malte Reupert, seines Zeichens Besitzer von drei gut gehenden Bioläden in Leipzig, hatte erfahren, daß der wackere Hirse-Müller aus dem Spreewald gleichzeitig AfD-Vorstand in seinem Kreis ist. Dies genügte ihm, um die Produkte aus seinen Regalen zu nehmen. Damit seine Aktion auch eine Breitenwirkung bekommt, publizierte er seine »Heldentat«, um noch recht viele Händler zu animieren, seinem Beispiel zu folgen.

Die Produkte wurden daraufhin auch von anderen Geschäften ausgelistet; kein Kaufmann kann es sich leisten, sich sein Geschäft wegen der Herkunft der Produkte vollschmierem zu lassen.

Solche Zeiten glaubten wir der Vergangenheit angehörig. Früher hieß es plakativ: **»Deutsche wehrt Euch, kauft nicht bei ...«**

Dies ist die Toleranz der »Toleranten«! Diese Gesellschaft ist in ihrem Kern verdorbener als es dem Volk bewußt ist.

Die Welt will betrogen werden



Bild von rawpixel auf Pixabay

Lug und Trug gab es zu allen Zeiten! Allerdings waren die Möglichkeiten noch nie so groß wie heute, Unwahrheiten, auf neu-deutsch »Fake-News«, in so kurzer Zeit weltweit unter die Leute zu bringen.

Dies ist der modernen Technik geschuldet, was aber viel schwerer wiegt ist die »Haltungskonformität« der »Medienschaffenden«. Unkritisch, nur ihrer meist linken Gesinnung verpflichtet, wird der größte Unsinn publiziert, Hauptsache das »Framing« stimmt und die Geschichte (»Narrativ«) hat einen volkserziehenden Auftrag.

Ein Beispiel für die Hirnrissigkeit, auch den größten Blödsinn zu glauben, ist die Griechin *Eleni Antoniadou* (31). Diese hat jahrelang die Welt an der Nase herumgeführt. Sie gab an, Firmengründerin, NASA-Astronauten-Trainerin und Assistentin bei schwierigen Luftröhrenoperationen gewesen zu sein, aber vor allem war sie eins: eine geschickte Betrügerin, die die Dummheit und Leichtgläubigkeit ihrer Umwelt erkannte und ausnutzte.

Bild.de schrieb: »Das ging so weit, daß die BBC sie 2014 auf ihre Liste der 100 wichtigsten Frauen des Jahres aufnahm, Forbes sie 2015 zu einer der 30 bedeutendsten Personen unter 30 im Gesundheitswesen erklärte, die Fraktion der Europäischen

Volkspartei sie zu den elf größten Griechen zählte und Mattel eine Wissenschafts-Barbie nach ihr formte, um Kinder zu animieren, ihrem Beispiel zu folgen.«

Erst die Nachforschungen von »Ungläubigen« führten dazu, daß der Schwindel jetzt aufflog.

Der tagtägliche Schwindel ist aber längst nicht so leicht abzutun wie die Geschichte von *Elini*, der Griechin.

Wie Rechtsmediziner in Münster jetzt bei 600 untersuchten »unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen« (»UMF«) herausgefunden haben, sollen 40 Prozent ihr Alter falsch angegeben haben. Im Klartext: Abertausende erwachsener Migranten haben sich zu jugendlichen »Refugees« gemacht, um so über das normale Maß hinaus Privilegien zu ergaunern.

Da ein »UMF« den Steuerzahlern nach offiziellen Angaben um die 100.000 Euro pro Jahr kostet, und nach neuesten Zahlen »nur noch« rund 35.000 »Jugendliche« betreut werden (es waren mal an die 70.000), machen die Mehrkosten immer noch 1,4 Milliarden Euro pro Jahr aus.

Nun muß man sich die grundsätzliche Frage stellen: Wenn diese »jungen, strebsamen, gut ausgebildeten und noch völlig unverdorbenen Schneeflockchen«

bereits betrügen, was mag mit dem Rest sein? Wir sind selbstredend weit davon entfernt, eine Personengruppe unter Generalverdacht zu stellen!

Doch es kommt noch heftiger. Für alle Welt ist es nach monatelangem medialen Trommelfeuer völlig normal, daß unsere Regierung Luft besteuern will – ein genialer Schachzug.

Die beiden Schwindler aus dem Märchen »Des Kaisers neue Kleider« waren Anfänger im Vergleich zu unseren Politikern. Für Kleider, die aus Luft bestanden, bezahlt und bewundert zu werden – tolle Idee! Wirklich genial ist aber der Schachzug, diese Luft sogar noch zu besteuern.

Das Beispiellose an der Luftnummer ist, daß damit ein immerwährender Kreislauf geschaffen wird: Wir zahlen für Luft, das Geld löst sich in Luft auf und wir zahlen weiter und immer weiter. Wie gesagt – einfach genial!

Durch die sich immer hektischer drehende Scheinwirklichkeit gibt es allerdings nicht nur unter den Betrogenen, sondern auch unter den Betrügern Opfer. Dazu gehörte die in Dublin lebende Historikerin *Marie Sophie Hingst*. Sie erfand eine jüdische Familiengeschichte und schickte 22 gefälschte Opferbögen an die Gedenkstätte Yad Vashem, um nachzuweisen, daß ihre Familienangehörigen beim Holocaust ums Leben kamen. Wie *DER SPIEGEL* herausfand, wuchs sie in einer evangelischen Familie auf und alles war frei erfunden.

2017 wurde sie zur Bloggerin des Jahres gekrönt. Von den 22 Opfer-Namen hatte sie sich 19 einfach mal ausgedacht.

Die Geschichte endete tragisch: Nachdem der Betrug aufgefliegen war, fand man die junge Frau am 17.7.2019 tot in Dublin auf.

Klima, Klima, Klima ...

– ich kann es nicht mehr hören!

So wie viele Bundesbürger von der »Flüchtlingskrise« nichts mehr hören wollen und den Politikern damit einen Freibrief ausstellen, funktioniert die Masche auch bei der »Klimarettung«.

Ähnlich wie bei Fröschen, bei denen man das Wasser erst allmählich zum Kochen bringt, damit sie nicht sofort aus dem Topf hüpfen, wird der Wähler »moderat« für die »Klimarettung« zur Kasse gebeten. Die Gesetze sollen justiert, sprich die Kosten für den einzelnen Bürger schrittweise erhöht werden.

Ohne die Gelbwesten in Frankreich und einer AfD im Bundestag mit Millionen Wählern im Rücken würde noch hemmungsloser zugeschlagen und geschöpft. Nur die Angst vor dem Volk, das ab einer gewissen Schmerzgrenze dann doch auf die Straße gehen könnte, hält die Verantwortlichen noch zurück.

Der an die Wand gemalte Weltuntergang soll uns das Geld aus der Tasche ziehen und gleichzeitig als Vorwand dienen, die Gesellschaft im Sinne der »Hintergrundmächte« umzugestalten.

Während *Greta* vor den Vereinten Nationen die Kulturrevolution ausruft, fordern Gewerkschaftsführer wie *Bsirske* ihre Mitglieder auf, bei den »Friday-for-Future«-Demonstrationen mitzumachen. Was in unserem Land stattfindet, ist eine Kultur-Revolution. Das vorgeschobene Thema »Klimaschutz« ist eine Alibiveranstaltung, um einen neuen Anlauf zu unternehmen, die gescheiterte marxistisch-leninistische Ideologie erneut und dauerhaft in Deutschland und Europa zu etablieren.

Nachdem *Greta* in New York anlandete, war das Interesse nicht viel mehr als mäßig. Obwohl die demokratischen Partei-

gänger – bis hin zu *Obama* – die Werbetrommel rührten, kamen nur wenige hundert Menschen zu »Gretas« Demonstrationen. Dies hinderte sie allerdings nicht, auf einem dieser Klimaumzüge kräftig auszuteilen: »Wenn Sie zu der kleinen Gruppe von Menschen gehören, die sich von uns bedroht fühlen, dann habe ich sehr schlechte Nachrichten für Sie, denn das hier ist nur der Anfang. Es wird Veränderungen geben, ob Sie es mögen oder nicht.«

Schon klar! Wer sich ein wenig mit dem Thema beschäftigt, dem ist seit langem bewußt, daß die »Klimakatastrophe« nur der Anfang von »etwas Größerem« sein soll.

Klimakatastrophe – Klimaflüchtlinge – Überfremdung Europas – Auflösung aller nationalen und kulturellen Strukturen – Neuordnung einer dann durchmischten Gesellschaft – Installation einer »One-World-Regierung«. In dieser Reihenfolge soll das geplante Szenario abgespult werden.

Noch deutlicher und als unzweifelhafte Kampfansage aufzufassen war *Gretas* inszenierte Wutrede vor den Vereinten Nationen, hier Auszüge:

»Wir werden Sie genau beobachten. All das hier ist falsch. Ich sollte nicht hier oben sitzen, ich sollte auf der anderen Seite des Ozeans in der Schule sein. Und doch setzen Sie all ihre Hoffnung in uns junge Menschen. Wie können Sie es wagen? Sie haben meine Kindheit mit Ihren leeren Worten gestohlen. Und dabei bin ich noch eine der Glücklichen. Die Menschen leiden, die Menschen sterben, und die Ökosysteme brechen zusammen. Wir sind am Anfang eines Massensterbens und Sie reden alle nur über Geld und erzählen Märchen vom ewigen Wirtschaftswachs-

tum. Wie können Sie es wagen? Die Wissenschaft ist seit vierzig Jahren eindeutig. Wie können Sie es wagen, immer noch wegzuschauen und hier zu sitzen und zu sagen, daß Sie genug machen, wenn die nötigen Lösungen immer noch nicht da sind? Sie sagen, Sie hören uns und verstehen, wie eilig die Lage ist. Aber ganz egal, wie traurig und sauer ich bin, ich will nicht glauben, daß Sie wirklich verstanden haben: Denn wenn Sie wirklich verstanden hätten, wie ernst die Lage ist, und sich immer noch weigern, zu handeln, dann wären Sie böse. Und ich weigere mich, das zu glauben. [...] Sie lassen uns im Stich, aber die Jugend fängt an zu begreifen, wie schwerwiegend ihr Verrat ist. Die Augen aller künftigen Generationen sind auf Sie gerichtet. Wenn Sie uns erneut im Stich lassen, werden wir Ihnen das nie verzeihen. Wir werden Sie damit nicht davonkommen lassen. Hier und jetzt ist der Punkt gekommen, an dem wir die Grenze ziehen. Die Welt wacht auf und Veränderung ist auf dem Weg, ob Sie es wollen oder nicht.«

Nein Greta, das wollen wir nicht! Jedenfalls nicht die Art Veränderung, die deinen Strippenziehern vorschwebt.

Wir wollen nicht auf dem von Herrn *Morgenthau* geplanten Kartoffelacker unsere Nahrung zusammenklauben, Steckrüben ziehen und die von der »Wissenschaft« empfohlene Stangenmargarine essen!

Diese »Klima-Wissenschaftler« haben nämlich festgestellt, daß Butter eine sehr schlechte CO₂-Bilanz haben soll. Pro erzeugtem Kilo Butter sollen etwa 23 Kilogramm CO₂ anfallen.

Merken Sie was? Autos, Häuser, Fleisch, Butter, Kleidung – selbst das Kinderkriegen will man uns als klimaschädlich verleiden. Also aussterben, um den Planeten zu retten?

PANIK FRISST VERNUNFT AUF!

»Unsere Gesellschaft wird weiter vielfältiger werden, das wird auch anstrengend, mitunter schmerzhaft sein. Unser Zusammenleben muß täglich neu ausgehandelt werden.«

Aydan Özoğuz, ehem. Staatsministerin

Erst wenn die Neomarxisten und Ökotalinisten ihren Auftrag: »Armut für alle« durchgesetzt haben, verhalten wir uns endlich wie gewünscht »klimaneutral«.

Noch so eine »Fake«-Kampagne:

Seit Jahren wird propagiert, daß die putzigen Eisbären aussterben – alles Quatsch. Während Klimachaoten die Sorge umtreiben mag, ob Eisbären genügend Futter finden, ist die Eisbärpopulation innerhalb der letzten 60 Jahre von 5.000 auf über 25.000 Tiere gestiegen. Grund ist das Jagdverbot, was allerdings dann auch wieder dazu beiträgt, daß die Nahrung durch die »Überbevölkerung« knapp wird.

Anlässlich des Auslaufens des Expeditionsschiffes »Polarstern« zu einer einjährigen Expeditionsfahrt in die Arktis, an der insgesamt 600 Personen aus 19 Nationen beteiligt sind, scheint die größte Gefahr für die Teilnehmer von Eisbären auszugehen. Sechs »Eisbär-Polarguides«, mit Präzisionswaffen ausgerüstet, sollen die Mannschaft vor dieser »größtmöglichen Gefahr« auf dieser Expedition schützen.

Das mediale Interesse an der anspruchsvollen Exkursion in die Arktis ist der Klimahysterie geschuldet. Das Schiff soll auf eine große, tragfähige Eisscholle auflaufen und sich mit dieser zwölf Monate durch die Arktis treiben lassen. Auf der Scholle selbst werden Meßstationen und wissenschaftliche Gerätschaften installiert, um Daten über Wetter, Strömung, Eisdicke und meteorologische Werte zu sammeln.

So spektakulär diese Aktion sich anhört und wohl auch ist, neu ist diese Art der Beobachtungen nicht. Schon vor über 150 Jahren haben deutsche Forscher in der Arktis wissenschaftliche Untersuchungen durchgeführt. Auch dabei ließen sie sich, auf einer Eisscholle lebend, von der Strömung treiben. Dies alles wesentlich weniger komfortabel als heute und auch weniger durch technische Errungenschaften abgesichert.

Allerdings ist jetzt, unter dem »Hype« des Klimawandels, alles »viiiieel« spektakulärer und abenteuerlicher – bis hin zu sechs bewaffneten Eisbärwächtern.

Wenn schon bei einer Expedition »außerordentliche Maßnahmen« ergriffen werden müssen, was dann erst bei der »Klimakatastrophe«? Dann herrscht »Ausnahmestandard« und ein Ausnahmezustand bedarf eines Sonderkabinetts.

Früher »Kriegskabinettt« – jetzt »Klimakabinettt«

Der anstehende »Volkstod« durch das Klima – nicht durch das, an was Sie denken – kann wohl nicht durch das bestehende Bundeskabinettt verhindert werden, dafür bedarf es schon eines »Klimakabinetts«. Diese politische Sondereinheit beschließt im breiten Konsens der Systemparteien Sondergesetze, Sondersteuern, Sonderverordnungen, Sonderstrafen usw.

Wir befürchten, daß es bald auch Sondergerichte gibt, die jede falsche Meinung und Äußerung, bei denen ja auch CO₂ ausgestoßen wird, unter Strafe stellt. Dann

gibt es in Zukunft neben dem Staatsschutzsenat an unseren Oberlandesgerichten auch die Klimaleugnerkammer. Dies kann ein ~~Kriegs~~Klimakabinettt locker beschließen. Hoffen wir mal, daß das »Klimakabinettt« nicht dem Volk den Krieg erklärt.

Nur noch mal zur Erinnerung: Wenn Deutschland umgehend seinen CO₂-Ausstoß (rd. 750 Mio. Tonnen) pro Jahr auf Null reduziert, würde ein Zehntel des Gesamtausstoßes Chinas an CO₂ (rd. 8.000 Mio. Tonnen) eingespart.

Zwischen offenkundig stattfindender »Klimakatastrophe« und offenkundig nicht stattfindender, ungebremster Migration hin- und hergerissen, müssen die »Medienschaffenden« zirkusreife Spagat-Übungen absolvieren.

Wie eine aktuelle Bilanz der Besucherzahlen 2019 in unseren Freibädern zeigt, suchten rund 17 Prozent weniger Badegäste die Freibäder auf als im Jahr zuvor. Die mitgelieferte Begründung: Es war zwar warm und heiß, aber es waren auch weniger Sonnentage als 2018.

Tolle Verrenkung! Mit warm und heiß wird man den Klima-Hysterikern gerecht – die wenigen Sonnentage begründen den Besucherschwund.

Wie wäre es denn mal zu hinterfragen, ob die ein oder andere Familie oder das alleinstehende Mädchen und die ältere Frau sich nicht anpöbeln, belästigen, anfassen oder verprügeln lassen wollten?

Auch das Vorzeigen des Personalausweises an der Kasse, nur um sich einige wenige Stunden in einem Freibad entspannen zu können, fällt unter die Rubrik »neu ausgehandelt«.

So geht das eben mit dem Setzen von Prioritäten: Sollste nun beim Klima lügen oder bei den Migranten? Beides gleichzeitig fällt schwer!

Die Angst der Mächtigen vor dem Volk

Der Verfassungsschutz soll massiv personell aufgestockt werden, um der »rechten Gefahr« zu begegnen. Allein 300 zusätzliche Stellen sollen geschaffen werden, um die »rechtsextreme Szene« besser überwachen zu können – auch die sozialen Netzwerke und das Internet sollen noch stärker beobachtet werden.

In seiner Auswirkung noch gar nicht absehbar ist die Schaffung einer »Zentralstelle zur Aufklärung rechtsextremistischer Umtriebe im öffentlichen Dienst«. Dies muß man zweimal lesen, um sich der Ungeheuerlichkeit bewußt zu werden.

Bei der Bundeswehr »wacht« seit Jahrzehnten der Militärische Abschirmdienst (MAD) über die Verfassungsmäßigkeit der Soldaten. Dies wird nun durch den Verfassungsschutz auf alle Behörden ausgeweitet. Eine nationale und europaweite intensivere Vernetzung der Geheimdienste im »Kampf gegen rechts« soll die Arbeit effektiver gestalten.

In Zukunft wird der Inlandsgeheimdienst in Behörden und Verwaltungen seine Arbeit noch weiter intensivieren. In den Betrieben übernehmen bereits jetzt im Auftrag der Gewerkschaften »demokratische Aktivisten« die Rolle der Denunzianten.

Mißtrauen, Verleumdungen, Diffamierungen und Denunziation vergiften das Betriebsklima in Firmen und öffentlichen Einrichtungen. Jetzt werden die Daumenschrauben noch einmal erheblich fester angezogen!

Wer solche Maßnahmen beschließt, der scheint sich vor seinem Volk zu fürchten und muß folgerichtig einen Festungsgraben um den Reichstag ziehen – kein Witz!

Damit die Touristen, die Berlin besuchen, nicht sofort an mittelalterliche Burgfestungen erinnert

werden, soll neben der Schutzfunktion auch die Ästhetik nicht zu kurz kommen. Der Graben soll sich in das städtebauliche Gesamtbild einfügen. Dafür wird der Graben auf der einen Seite mit einer Böschung versehen sacht abfallen, um auf der anderen Seite mit einer Steilwand begrenzt zu werden – macht ja auch sonst wenig Sinn.



Schon früher zog jeder Raubritter einen Graben um seine Burg.

Da man den Graben gewollt spät erkennen soll, erst wenn man direkt davorsteht und der Betrachter dann erstaunt ist, handelt es sich um einen »Aha-Graben« – dieser Begriff ist keine Erfindung von uns.

Dieser »antiimperialistische Schutzwall«, Entschuldigung, natürlich Schutzgraben, wird zweieinhalb Meter tief und zehn Meter breit sein. Die Baumaßnahmen sollen auch ein neues Besucherzentrum mit einem Tunnel umfassen, durch den die Menschen nach intensiver Kontrolle unterirdisch in den Reichstag geführt werden. Geschätzte Kosten: 150 Millionen Euro – wie gesagt, geschätzt.

Jetzt bleibt es der Phantasie eines jeden Lesers überlassen, ob er dies alles »unterirdisch« findet, oder ein »Aha«-Erlebnis hat.

In Zukunft werden wir vor jede Maßnahme, vor jedes Gesetz und vor jede Unzumutbarkeit unserer Politiker ein »Aha« setzen, vieles kriegen wir ja auch erst im letzten Moment mit!

Aufstockung des Personalbestandes beim Inlandsgeheimdienst, ziehen von Gräben um den Reichstag und durch die Gesellschaft sind sicher den Alpträumen von Frau Merkel geschuldet.

Die Schatten der Vergangenheit holen Merkel und ihre willfährigen Handlanger inzwischen ein. Der ehemalige Chef des Bundesnachrichtendienstes, *Gerhard Schindler*, möchte seine Memoiren veröffentlichen. Da er über seine Dienstzeit hinausgehend als ehemaliger Geheimnisträger verschärften Verpflichtungen unterliegt, sandte er das Manuskript seines 284 Seiten umfassenden Buches im Juli 2018 zur Prüfung an das Bundeskanzleramt. Ein richtiger und vernünftiger Vorgang, da ja sonst jeder Beamte, aus welchen Gründen auch immer, nach seiner Pensionierung einer ungehemmten Schwatzhaftigkeit erliegen könnte.

Stutzig wird man allerdings, wenn diese Prüfung jetzt schon mehr als ein Jahr andauert. Ohne spekulieren zu wollen: *Schindler* gilt, wie *Hans-Georg Maaßen*, ehemaliger Präsident des Bundesamts für Verfassungsschutz und *Dieter Romann*, Präsident des Bundespolizeipräsidiums, als Kritiker der Merkelschen Migrationspolitik.

Wer jetzt auf die Idee kommt, dies seien ja fast stalinistische Verhältnisse, der sei getröstet. Solange in Ungnade gefallene Gefolgsleute nicht per Photoshop aus Bildern eliminiert werden, so lange sind wir wenigstens noch einen Fußbreit von kommunistischen Machenschaften entfernt.

»Made in Germany« – noch immer hoch geschätzt

Wie in einer weltweit durchgeführten Studie festgestellt wurde, genießen die aus Deutschland kommenden Produkte mit Abstand die höchste Wertschätzung bei den Ge- bzw. Verbrauchern. Dies wird die grün-linken Deutschland-Hasser und Industrieabwickler mächtig ärgern – ist aber Fakt.

In 23 Ländern, von Amerika über Europa bis Asien, gaben 50 Prozent der Befragten an, die Produkte aus Deutschland hoch zu schätzen. Die USA belegten in dieser Erhebung Platz 7, China den letzten Platz.

Allerdings sollten sich die glattgebügelt Top-Manager vieler Konzerne mit ihrer links-grünen Anpassungspolitik darauf wenig einbilden. Speziell sie beschädigen den Ruf Deutschlands als eine der führenden Exportnationen durch ihre unterwürfige Haltung gegenüber den industrie-feindlichen Blockparteien. Es ist schwerpunktmäßig dem mittleren Management, den Werkmeistern, den Ingenieuren, den Facharbeitern und den vielen Millionen Menschen in den Produktions- und Dienstleistungsbetrieben zu verdanken, daß »Made in Germany« weiterhin einen exzellenten Ruf in der Welt genießt.

Fleiß, Disziplin, Pünktlichkeit, Liebe zum Produkt, Kreativität und ein an sich selbst gestellter hoher Qualitätsstandard machen eben den Unterschied.

Und dann gibt es noch Manager wie den Arbeitgeber-Präsidenten *Ingo Kramer*. In einem *FOCUS*-Interview hat er schon einmal die Schuldigen für die zukünftige, von links-grün herbeigeführte Wirtschaftskrise ausgemacht. Ganz im Sinne Merkelscher Demuthaltung macht er ausgerechnet die AfD für den Abschwung in Deutschland verantwortlich:



**Wenn »unsere«
Politiker und
»Top«-Manager so
weitermachen, ist bei
»Made in Germany«
ganz schnell der
Wurm drin!**

»Die AfD und die Äußerungen ihrer führenden Politiker, sind nicht nur konservativ-national geprägt, sondern stellen sich dezidiert gegen andere Menschen. Und das in menschenunwürdiger, ja sogar teilweise widerwärtiger Weise. Die AfD schadet unserem Land und der Wirtschaft in unserem Land. [...] Wir sind darauf angewiesen, daß die Welt nicht nur die Maschine mit Wohlwollen betrachtet, sondern auch das Land, aus dem sie kommt. Andere sollen nicht nur die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft, sondern auch die unserer Demokratie schätzen.«

»Unsere Demokratie schätzen«? In welchem Wolkenkuckuckshaus lebt dieser Herr eigentlich? Während unsere Produkte weltweit die besten Noten bekommen, macht sich der Chef der Arbeitgeber darüber Sorgen, inwieweit die Nutzer »unsere Demokratie schätzen«. Wir können Herrn Kramer gerne sagen, wofür

uns andere Völker Respekt zollen und noch zollen: Zuverlässigkeit, Disziplin, Pünktlichkeit, Leistungsbereitschaft, Glaubwürdigkeit, Zielstrebigkeit, Produktqualität und dies alles unter der Marke »Made in Germany«!

Wir machen Herrn *Kramer* aber auch gerne darüber schlau, worüber die Welt nur noch den Kopf schütteln kann: über politisches und wirtschaftliches Kabinenpersonal, das auf dem Narrenschiff Deutschland die Kapelle lauter spielen läßt, damit die Passagiere das Eindringen des Wassers nicht hören!

»Armut für alle«, dieser marxistische Leitspruch wird in Deutschland konsequent umgesetzt und unsere Wirtschaftsführer klatschen dazu noch Beifall.

Anstatt Deutschland als Technologiestandort Nummer eins zu stärken und weiter zu entwickeln, verweigern wir uns jeglicher Zukunftsforschung und deren Möglichkeiten. Während andere Länder weiter forschen und entwickeln, sogar im Bereich Kernkraft, herrscht bei uns technologische Engstirnigkeit.

Wir bauen Windräder, die die Natur verschandeln und zerstören und setzen unsere Energieversorgung aufs Spiel. Die individuelle Mobilität wird in Deutschland aus ideologischen Gründen verdammt. Ein ganzer Industriezweig mit Millionen von Arbeitnehmern wird mutwillig zerstört. Der hoch effektive Dieselmotor wird zum Klima-Killer-Monster gelogen, um unseren technologischen Vorsprung auf das Niveau von batteriebetriebenen »Bobby-Cars« zu senken.

Alles rund um die Digitalisierung und »künstliche Intelligenz« wurde verschlafen und anderen Nationen überlassen. Deutsche Ingenieure und Facharbeiter könnten auch in Zukunft auf den Weltmärkten führend sein – wenn Politiker und Funktionäre sie ließen.

»Fridays for Future«? Wenn, dann konsequent!

Folgende Erziehungshinweise fanden wir im Internet:

»Oh, oh, knallende Türen, wildes Gekreische. Unsere Tochter kam gerade von der bescheuerten FFF-Schulschwänzerei zurück. Sie war stocksauer, weil wir sie (klimaschonend) nicht abgeholt haben und sie geschlagene drei Stunden in Bus und Bahn abhängen mußte.

Beim trockenem, aber immerhin veganen Sojakuchen (nur für sie, wir hatten Käsekuchen) gab's dann noch eine Überraschung: Sie darf jetzt morgens mit dem Bus zur Schule. Das ist zwar etwas blöde, weil der hier nur jede Stunde fährt und sie dann entweder viel zu früh in der Schule ankommt oder eben viel zu spät erscheint.

Mit dem Fahrrad will sie auch nicht, wegen der vielen Berge und Steigungen und außerdem ist ja bald Winter ..., es sei denn, sie bekommt zu Weihnachten ein E-Bike.

Auf mein väterliches Erstaunen „Weihnachten? Das ist doch voll anti-öko, all die bunten Lichter

und erst der CO₂-Ausstoß der Kerzen!“ kam dann schon der erste prä-pubertäre Protest, der ihrer Trotzphase zwischen dem zweiten und dritten Lebensjahr erstaunlich ähnelte.

Und wieso „E-Bike“? Hat unser Töchterchen die verwüsteten Gegenden noch gar nicht gesehen, die bei der Gewinnung Seltener Erden für die Akkus entstehen?

Jetzt sitzt sie oben in ihrem Zimmer, bei acht Grad. Wir haben die Heizung schon wegen des ökologischen Gewissens abgeschaltet. Wahrscheinlich tippt sie sich wenigstens ihre Finger warm, indem sie auf dem „iPhone“ wütende Mails über ihre „Scheiß Eltern“ an ihre Freund*innen tippt. Wir haben ihr angekündigt, daß sie dieses „iPhone“ um 19 Uhr los ist. Denn schließlich ist es unverantwortlich, weiter Strom zu verschwenden, um mehr oder weniger nützliche Konversation zu betreiben und außerdem ... siehe Lithium-Gewinnung und ökologische Folgen ...

Ihren Protesten gegen diese Ent-eignung versicherten wir mit ruhi-

ger Stimme, daß wir das „iPhone“ entweder direkt an hungernde Kinder in Afrika schicken oder es verkaufen und den Restwert zur Rettung des südamerikanischen Regenwaldes spenden würden.

Richtig lustig wird es ab Montag: Da tauschen wir ihre hübsche Kleidung gegen Jute, Wolle und aus Hanffaser gewebte Sachen aus. Ihre »Nikes« mit Plastiksohle werden konsequent gegen holländische Holztreter ersetzt. Wenn sie dann immer noch rumkreischt hat sie zwei Möglichkeiten:

Erstens, zu erkennen, welchen hirnlosen Öko-Faschisten sie da gerade aufliegt und zweitens, zu erkennen, welchen hirnlosen Öko-Faschisten sie da gerade aufliegt!

Danke, Greta! Du hast uns inspiriert, wie es in Erziehungsfragen sonst wohl niemand geschafft hätte. Mutti und ich haben gerade zu Töchterchen hochgerufen: „Wir fahren jetzt zu McDonalds, willstest du mit?“

Wir hoffen, das hysterische Geschrei hat aufgehört, wenn wir zurück sind.«

Den Urheber dieser Zeilen konnten wir noch nicht ausfindig machen, werden eine namentliche Nennung auf Wunsch aber gern nachholen.

Liebe Leser, ganz privat:

Wir sagen DANKE!

Herzlichen Dank an alle, die uns anlässlich unseres 50. Geburtstages mit e-Mails, Karten, Briefen oder Anrufen überschüttet haben. Wir waren von der Resonanz, der Zustimmung und des Zuspruches überwältigt.

Besonderen Dank an all jene, die es uns durch ihre finanzielle Zuwendung ermöglichen, unsere Arbeit für ein freies und selbstbestimmtes Deutschland weiterführen zu können.

Auch wenn sich die Verhältnisse in unserem Land auf allen Gebieten sichtbar verschlechtern, gibt es auch positive Anzeichen: Wenn 78 Prozent der Deutschen in einer »Allensbach«-Umfrage

angeben, ihre Meinung nicht mehr frei äußern zu können, so zeigt dies, daß in weiten Teilen der Bevölkerung das Gefühl »Es ist was faul im Staate Deutschland« ausgeprägt ist – bereits dies ist ein Erfolg stetiger Aufklärung auch Ihrerseits, liebe Leser und Förderer.

Um auch dem Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen eine kleine Freude zu machen (vgl. UN 10/2019), drucken wir auf der folgenden Seite unseren Beitrag zum Volkstrauertag aus dem Jahr 2018 erneut ab – zu diesem Thema gibt es nichts hinzuzufügen.

Ihre UN-Mitarbeiter

»Ich bin meinen Wählerinnen und Wählern verpflichtet, nicht dem Ausland und auch nicht irgendwelchen Medienvertretern.«

Sebastian Kurz,
ehemaliger und zukünftiger (?)
österreichischer Bundeskanzler

Anmaßungen eines Claus Kleber

Beim Fernseh-Interview im ZDF mit Sebastian Kurz unmittelbar nach der Bekanntgabe des Wahlerfolges der ÖVP in Österreich versuchte Claus Kleber den alten und wahrscheinlich neuen Bundeskanzler auf einen Koalitionsverzicht mit der FPÖ festzunageln.

Was bei manchen politischen Sprechpuppen im Gespräch mit den Öffentlich-Rechtlichen gelingt, schlug bei Kurz fehl. Im Gegenteil, er zeigte sich »uneinsichtig« und betonte die erfolgreiche und fruchtbare Zusammenarbeit mit der FPÖ in den letzten zwei Jahren. Auch der Hinweis auf die sogenannte »Ibiza-Affäre« verfiel nicht.

Schließlich hatte Kurz die Faxen dick: »Also, vielleicht würden Sie ja besser wissen, was ich tun soll, als ich das selbst weiß?« Jetzt holte Kleber zum finalen Schlag aus: »Sie wissen, daß die deutsche Regierung, die Benelux-Regierungen, die Frankreichregierung usw. sehr darauf hoffen, daß die zweifelhafte Allianz mit den Rechtsnationalen in Österreich aufhört!«

Einfach ungeheuerlich! Auch wenn Kurz konterte: »Nein, ich bin meinen Wählerinnen und Wählern verpflichtet, nicht dem Ausland und auch nicht irgendwelchen Medienvertretern«, ändert dies nichts an der Unverschämtheit bundesdeutscher Staatsfunk-Journalisten.

Für die Wahrung der Grund- und Bürgerrechte des Einzelnen, der Souveränität und Selbstbestimmung der Nationen, für das Heimatrecht der Völker im eigenen Land, für den Erhalt der Pressevielfalt und Meinungsfreiheit.

FÜR IHRE BESTELLUNG:

Bitte einsenden an: UN, Postfach 101706, 46017 Oberhausen

- Ich bitte, mir monatlich 1 - 2 - 3 - 5 - 10 Exemplar(e) der UN zuzusenden. Ich gehe damit kein Abonnement mit Verpflichtungen oder Kündigungsfristen ein. Die UN werden ehrenamtlich zu Selbstkosten erstellt (zur Zeit 1,50 Euro je Exemplar einschließlich Porto, ab 10 Stück 1,- Euro je Exemplar).
- Ich bitte um eine kostenlose Probesendung verschiedener Ausgaben der UN. 1,55 Euro Rückporto liegen in Briefmarken bei.
- Ich bitte um Zusendung von _____ Ex. der UN-Ausgabe Nr. _____ mit / ohne Kostenbeteiligung (siehe oben).
- Einen Kostenbeitrag in Höhe von _____ Euro lege ich per Verrechnungsscheck / in bar bei - zahle ich per Einzug - kann ich zur Zeit nicht leisten.

Name/Anschrift: _____

Jahrgang: _____ Telefon: _____ (für Rückfragen)

Einwilligungserklärung zur Datenspeicherung und -weitergabe

Die angegebenen personenbezogenen Daten, die allein zum Zwecke der Ausführung der Bestellung notwendig und erforderlich sind, werden auf Grundlage gesetzlicher Berechtigungen erhoben.

Mit meiner Unterschrift bin ich damit einverstanden, daß meine Daten zum Zwecke der Ausführung an Dritte (Versanddienstleister, Post- und Paketdienste) weitergegeben werden.

Meine Einwilligung zur Datenspeicherung und -weitergabe kann ich jederzeit ohne Angabe von Gründen mit Wirkung für die Zukunft abändern oder gänzlich widerrufen.

Datum: _____ Unterschrift: _____

ERSCHEINUNGSVERMERK

UN - Unabhängige Nachrichten
Postfach 101706
D-46017 Oberhausen

Telefon: 0208 - 84 01 32
Telefax: 0208 - 84 87 057
E-Post: info@un-nachrichten.de

Bankverbindung:

FK UN e.V.
IBAN: DE75 1001 0010 0636 5391 01
BIC: PBNKDEFF

Internet:

www.un-nachrichten.de
www.fb.com/UN.Nachrichten

Impressum:

Herausgeber: Freundeskreis Unabhängige Nachrichten e.V., Alstadener Str. 49a, 46049 Oberhausen

verantwortw. Schriftleiter: Annette Kruse

Für unverlangt eingesandte Zuschriften wird keine Haftung übernommen!

Kein gewerbliches Unternehmen. Außer Satz und Druck ist alle Mitarbeit ehrenamtlich.

Keine Werbung oder Anzeigenaufnahme.

Kein Verkauf, Kostenbeiträge sind freiwillig, z.Zt. entstehen Selbstkosten von etwa 1,50 Euro je Ausgabe einschließlich Porto. Diese Zeitschrift wird vor dem Druck von Anwälten auf strafrechtliche Unbedenklichkeit überprüft.

Druck: Wegeor GmbH, Alstadener Str. 49a, 46049 Oberhausen

Alle redaktionellen Texte dieser Ausgabe stehen, soweit nicht anders gekennzeichnet, unter der »Creative-Commons«-Lizenz CC BY-NC 4.0 und dürfen damit weiterverwendet werden.
creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/